



Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen

Sektion Politische Psychologie Angewandte Sozialpsychologie

Newsletter Juli 2026

In dieser Ausgabe:

AKTUELLES

1. **Deutscher Frauenrat: Bundeshaushalt 2027 – Armutstreiber für Millionen Frauen**
2. **BMFTR: Bundesministerium gratuliert dem Deutschen Akademikerinnenbund zum 100-jährigen Bestehen**
3. **FidAR: Beteiligung am bundesweiten Aktionstag für Parität im Wahlrecht**
4. **BMBFSFJ: Neues digitales Serviceangebot zur Förderung der wirtschaftlichen Eigenständigkeit**

VERÖFFENTLICHUNGEN

1. **DIW Berlin: Blog – Die Rente mit 70 ist die sozialste Rentenreform**
2. **DIW Berlin: Die meisten KI geben fundierte und ausgewogene Politikempfehlungen, nur Elon Musks KI SuperGrok empfiehlt die AfD**
3. **Table Briefings: Nato-Gipfel in Ankara – Warum es auf den Trump-Faktor ankommt**
4. **Friedrich Ebert Stiftung: Weltflüchtlingstag – Alternativen zu Migrationshaft, die funktionieren**

AKTUELLES

1. **Deutscher Frauenrat: Bundeshaushalt 2027 – Armutstreiber für Millionen Frauen**

In der Pressemitteilung „**Bundeshaushalt 2027: Armutstreiber für Millionen Frauen**“ vom 6. Juli 2026 äußert der **Deutsche Frauenrat** deutliche **Kritik am aktuellen Haushaltsentwurf des Bundeskabinetts**. Obwohl der Staat Ausgaben in Rekordhöhe plant, drohen den Bereichen Frauen, Familie, Gleichstellung und Gesundheit massive Einschnitte. Der Verband warnt eindringlich davor,

dass diese Sparmaßnahmen Frauen schwer treffen und letztlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt riskieren. Die Vorsitzende des Deutschen Frauenrats, **Dr. Beate von Miquel**, sieht in den Plänen einen echten **Armutstreiber für Millionen von Frauen**. Sie bemängelt eine widersprüchliche Ausgabenpolitik, bei der riesige Summen in die Rüstung fließen, während gleichzeitig an den Menschen gespart wird.

Ein zentraler Aspekt des Entwurfs ist das geplante Schrumpfen des Etats für das Bundesfamilienministerium um **acht Prozent** im nächsten Jahr, bis 2029 steht sogar eine Kürzung von bis zu einem Fünftel im Raum. Gespart wird dabei insbesondere am Elterngeld, wo die Bundesregierung allein im kommenden Jahr **eine halbe Milliarde Euro** einbehalten will. Laut von Miquel bricht die Politik damit ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag, junge Familien zu unterstützen. Die Folge: Mütter werden diese Lücken wohl unfreiwillig durch Abstriche bei der eigenen Berufstätigkeit ausgleichen müssen. Zudem soll der Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende um **fast ein Drittel** gekürzt werden, was eine ohnehin stark von Armut bedrohte Gruppe in massive Existenzängste stürzt. Ein weiterer kritischer Punkt ist die Reduzierung der Mittel für Demokratiebildung und Extremismusprävention um **rund 15 Prozent**. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Deutsche Frauenrat hier auch eine Schwächung der internationalen Rolle Deutschlands sieht: Angesichts global zunehmender antifeministischer Tendenzen und Angriffe auf Frauenrechte bedeute der Einbruch bei den Geldern für die internationale Zusammenarbeit, dass sich die Bundesregierung aus ihrer globalen Verantwortung als wichtiger Geber zurückzieht.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zur **Pressemitteilung**:

<https://www.frauenrat.de/bundeshaushalt-2027-armutstreiber-fuer-millionsen-frauen/>

2. BMFTR: Bundesministerium gratuliert dem Deutschen Akademikerinnenbund zum 100-jährigen Bestehen

Das **Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR)** würdigt das **100-jährige Bestehen des Deutschen Akademikerinnenbundes**. Der Verband setzt sich seit einem Jahrhundert dafür ein, dass **Frauen in Wissenschaft und Gesellschaft** die ihnen zustehende **Anerkennung** erhalten. Das Ministerium verweist auf historische Kernmitglieder des Bundes wie die Gründerin **Marie-Elisabeth Lüders**, die Physikerin **Lise Meitner** und die Juristin **Elisabeth Selbert**, welche den Gleichstellungsartikel im Grundgesetz mitgestaltete.

Das BMFTR betont im Rahmen des Jubiläums, dass **Chancengerechtigkeit eine Grundvoraussetzung für Exzellenz** bildet, und stellt eigene Fördermaßnahmen zur Stärkung von Frauen vor. Mit der **Initiative Innovative Frauen im Fokus** wird die **Sichtbarkeit von Frauen in Innovation und Wissenschaft** unterstützt, während das Projekt **MissionMINT** darauf abzielt, **mehr Mädchen und Frauen für MINT-Fächer** sowie entsprechende Karrierewege zu gewinnen. Um bestehende Hürden für Wissenschaftlerinnen in Spitzenpositionen weiter abzubauen und Gleichstellung an Hochschulen nachhaltig zu verankern, setzt das Ministerium zudem auf das **Professorinnenprogramm 2030**.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zu dem **Beitrag**:

https://www.linkedin.com/posts/bundesministerium-fuer-forschung-technologie-und-raumfahrt_100-jahre-deutscher-akademikerinnenbund-activity-7476298334668951552-Teda?utm_source=social_share_send&utm_medium=android_app&rcm=ACoAAA-DurgBfl93Cu5H8BkThD8s9JehSHemCrA&utm_campaign=share_via

3. FidAR: Beteiligung am bundesweiten Aktionstag für Parität im Wahlrecht

In einer Mitteilung berichtet **FidAR-Präsidentin Prof. Dr. Anja Seng** über den bundesweiten Aktionstag unter dem Motto **ParitätJetzt**. Im Rahmen dieser Initiative wurden vor dem Bundestag die bislang gesammelten Petitionsunterschriften an die **Vizepräsidentin des Bundestages Josephine Ortleb** übergeben. **FidAR** unterstützt die Aktion **als Erstunterzeichnerin und Bündnispartnerin** gemeinsam mit zahlreichen Abgeordneten sowie Akteurinnen aus Zivilgesellschaft und Politik. Ortleb betonte bei der Übergabe unter viel Applaus, dass es mit ihnen keine Reform des Wahlrechts ohne Parität geben werde.

An den Aktionstag knüpfte eine Fachveranstaltung in der Bundesstiftung Gleichstellung an, die sich mit der Frage befasste, wie es weiter auf dem Weg zu Parität in den Parlamenten geht. Die **ehemalige Bundesverfassungsrichterin Dr. Christine Hohmann-Dennhardt** erläuterte in ihrem **Eröffnungsvortrag** ausführlich, warum eine solche Reform trotz und auch wegen der Verfassung möglich und nötig ist, und rief dazu auf, permanent wie penetrant am Ball zu bleiben. Da die Hälfte der Gesellschaft weiblich ist, fordert FidAR die Mitglieder und Netzwerkpartner auf, die weiterhin **laufende Petition zu unterzeichnen und weiterzuverbreiten**, um eine Mitbestimmung und Mitgestaltung von Frauen in der Politik zu erreichen.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zur **Pressemitteilung**:

https://www.fidar.de/webmedia/user_upload/20260702_Pressemeldung_FidAR_Mitglied_im_Deutschen_Frauenrat.pdf

4. BMBFSFJ: Neues digitales Serviceangebot zur Förderung der wirtschaftlichen Eigenständigkeit

In einer Pressemitteilung vom 8. Juli 2026 stellt das **Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFBFSFJ)** ein **neues Serviceportal mit dem Namen Lebenskarte** vor. Die Plattform bietet **unabhängige und geprüfte Informationen für verschiedene Lebensphasen** vom Karrierestart über die Familiengründung bis zur Altersvorsorge, da in Deutschland weniger als die Hälfte der Menschen das Ziel der dauerhaften wirtschaftlichen Eigenständigkeit erreicht. **Bundesfrauenministerin Karin Prien** betont, dass **wirtschaftliche Eigenständigkeit das Fundament individueller Freiheit bildet**, und verweist auf die **Relevanz von finanziellem Wissen bei partnerschaftlichen Weichenstellungen**. Besonders Frauen erzielen im Lebensverlauf oft nur halb so viel Einkommen wie Männer, weshalb das Portal anhand von acht Stationen Transparenz über die langfristigen finanziellen Folgen von Entscheidungen wie Teilzeit oder Erziehungszeiten schaffen soll.

Das **Kernstück des Portals** bildet der **digitale Rechner Lohn-O-Mat**, welcher in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut für Angewandte Informationstechnik entwickelt wurde. Das interaktive Werkzeug ermöglicht es auch Paaren, die Auswirkungen von Arbeitszeitanpassungen, Jobwechseln oder der Steuerklassenwahl auf das künftige Einkommen und die Rente individuell zu berechnen. Die Plattform ist das Ergebnis eines partnerschaftlichen Forschungsprojektes des **Centers for Responsible Research and Innovation des Fraunhofer IAO** und wurde im Rahmen der ersten Bund-Länder-Aktionswoche zur wirtschaftlichen Eigenständigkeit vom 15. bis 19. Juni 2026 in Dresden präsentiert. Während das Webangebot im Jahr 2026 gezielt für junge Erwachsene weiterentwickelt wurde, laufen regionale Workshops und Beratungsangebote von lokalen Partnern noch bis zum Jahresende weiter.

Mit dem folgenden gelangen Sie zur **Pressemitteilung**:

<https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/aktuelles/pressemittelungen/familienministerium-startet-digitalen-weg-weiser-fuer-wirtschaftliche-entscheidungen-von-ausbildung-bis-altersvorsorge-291024>

VERÖFFENTLICHUNGEN

1. DIW Berlin: Blog – Die Rente mit 70 ist die sozialste Rentenreform

In einem Blog-Beitrag vom 22. Juni 2026 analysiert **DIW-Präsident Marcel Fratzscher** die **gesellschaftspolitischen und ökonomischen Argumente** rund um eine **Anhebung des Renteneintrittsalters**. Fratzscher argumentiert, dass eine klug ausgestaltete **Rente mit 70** den Sozialstaat schützt, die gesetzliche Rente stabilisiert und den finanziellen Spielraum schafft, um Altersarmut wirksamer zu bekämpfen. Ohne eine längere Lebensarbeitszeit verbleiben nach Ansicht des Autors nur drei Optionen: höhere Beiträge, höhere Steuern oder ein niedrigeres Rentenniveau. Da all diese Varianten vor allem Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen treffen würden, **schützt die Erhöhung des Rentenalters die Schwächeren** und verhindert zudem, dass die jüngere Generation über Jahrzehnte massiv mit höheren Abgaben belastet wird. Vor dem Hintergrund einer **steigenden durchschnittlichen Lebenserwartung** empfiehlt Fratzscher, das **Renteneintrittsalter an diese Kopplung anzupassen**, da ein Teil der zusätzlichen Lebenszeit als Erwerbszeit verbracht werden müsse. Auch eine **breitere Finanzierungsbasis** durch die Einzahlung anderer Gruppen wie Beamte, Selbstständige und Politikerinnen und Politiker erachtet der Autor als richtig, gibt jedoch zu bedenken, dass diese durch den Erwerb neuer Rentenansprüche das demografische Problem allein nicht löst.

Kritik von Sozialverbänden, wonach Menschen in körperlich harten Berufen mit geringerem Einkommen und statistisch kürzerer Lebenserwartung durch eine Anhebung besonders hart getroffen würden, bezeichnet Fratzscher als wichtig, hält den Verzicht auf eine Reform jedoch für den falschen Schluss. Um reale Ungleichheiten bei der Rentenbezugsdauer zu korrigieren, dürfe die **Rente mit 70 allerdings nicht alleinstehen**, sondern müsse durch **vier ergänzende Elemente sozial ausgestaltet** werden. Dazu zählt erstens eine **Reform des Äquivalenzprinzips**, um die gesetzliche Rente durch ein höheres Rentenniveau und gezielte Zuschläge zugunsten von Menschen mit niedrigen Einkommen umzuverteilen. Zweitens schlägt Fratzscher die Erhebung eines sogenannten „**Boomer-Soli**“ vor, bei dem einkommensstarke Rentnerinnen und Rentner mit hohem Alterseinkommen und Vermögen stärker zur Finanzierung beitragen. Drittens bedarf es einer **besseren betrieblichen und privaten, kapitalgedeckten Vorsorge**. Viertens fordert der Beitrag **mehr Flexibilität und finanzielle Arbeitsanreize über das Rentenalter hinaus**, was durch flexiblere Übergänge, steuerliche Erleichterungen, weniger Bürokratie beim Zuverdienst, altersgerechte Arbeitsplätze sowie gezielte Weiterbildungsmöglichkeiten in der Lebensmitte und in den letzten Erwerbsjahren umgesetzt werden sollte. Ein Festhalten am Status quo ist aus Sicht des Autors nicht sozial, da die Lasten andernfalls einseitig auf die Jungen und die Schwächeren verschoben würden.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zu dem gesamten **Blog**:

https://www.diw.de/de/diw_01.c.1011506.de/nachrichten/die_rente_mit_70_ist_die_sozialste_rentenreform.html

2. DIW Berlin: Die meisten KI geben fundierte und ausgewogene Politikempfehlungen, nur Elon Musks KI SuperGrok empfiehlt die AfD

In dem Bericht untersucht **DIW-Präsident Marcel Fratzscher** die **Neutralität global dominanter KI-Chatbots bei politischen Fragestellungen**. Die Kurzstudie analysiert im Vorfeld der **Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt**, wie fünf generative KI-Modelle die zukünftigen Auswirkungen verschiedener hypothetischer Regierungskonstellationen auf Bundes- und Landesebene bewerten. Untersucht wurden neben dem xAI-Modell SuperGrok 4.1 auch ChatGPT 5.5, Claude Opus 4.7, Copilot Chat 5.0 und das chinesische System DeepSeek.

Die Ergebnisse zeigen **gravierende Unterschiede zwischen SuperGrok und den restlichen Modellen**. Während die anderen vier Chatbots bei einer potenziellen AfD-Regierung durchgehend mit

einem wirtschaftlichen Niedergang und negativen Entwicklungen für Beschäftigung und Wohlstand rechnen, bewertet SuperGrok die AfD in knapp der Hälfte aller Indikatoren als effektivste Kraft. Als einzige Ausnahme prognostiziert DeepSeek auf Bundesebene ebenfalls, dass die AfD die Zuwanderung am stärksten reduzieren würde. SuperGrok hingegen sagt unter einer AfD-Regierung deutliche Zuwächse bei Wirtschaftswachstum, Investitionen, Reallöhnen und Konsum sowie sinkende Arbeitslosenzahlen voraus.

Das DIW führt diese abweichenden Resultate auf eine **widersprüchliche Wirkungsweise** und eine **stark einseitige Quellenbasis bei SuperGrok** zurück. Der Chatbot begründet seine positiven Prognosen mit Steuersenkungen und Bürokratieabbau, ignoriert dabei jedoch die selbst benannten massiven wirtschaftlichen Risiken durch den geforderten EU- und Euro-Austritt. Während die Konkurrenzmodelle auf wissenschaftliche Studien und Analysen internationaler Organisationen zurückgreifen, nutzt SuperGrok fast ausschließlich das AfD-Wahlprogramm und parteieigene Dokumente. Das DIW sieht darin ein **Indiz für eine bewusste politische Voreingenommenheit und Informationsverzerrung zur Beeinflussung der Nutzerinnen und Nutzer**, was auch zu den öffentlichen Wahlempfehlungen des xAI-Gründers Elon Musk für die Partei passt.

Im Fazit warnt die Untersuchung vor den **Risiken einseitiger KI-Empfehlungen für die Demokratie**, da Gespräche mit Chatbots politische Einstellungen nachweislich beeinflussen können. Da sich KI-Systeme rasant zu einer dominanten Informationsquelle entwickeln, fordert das DIW, die **kritische Reflexion** und das **Erkennen von Verzerrungen** durch solche Modelle fest in der **schulischen und politischen Bildung zu verankert**.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zu der **ausführlichen Untersuchung**:

https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.1011014.de/diw_aktuell_120.pdf

3. Table Briefings: Nato-Gipfel in Ankara – Warum es auf den Trump-Faktor ankommt

In dem Artikel von **Table.Briefings** analysieren die Autoren die **Dynamiken im Vorfeld des Nato-Gipfels in Ankara** und betonen die **zentrale Rolle des US-Präsidenten Donald Trump** für den Erfolg des Treffens. **Nato-Generalsekretär Mark Rutte** verweist in diesem Zusammenhang auf den sogenannten Trump-Faktor und erklärt, dass neben dem **russischen Präsidenten Wladimir Putin** und dessen Angriffskrieg gegen die Ukraine auch der Druck aus dem Weißen Haus maßgeblich für die steigenden Rüstungsausgaben der Alliierten sei. Laut Rutte setzt Trump als erster amerikanischer Präsident seit Dwight D. Eisenhower das Ziel der USA konsequent um, wonach die europäischen Partner ähnliche Verteidigungsbeiträge wie die Vereinigten Staaten leisten sollen. Für die Zukunft fordert der Generalsekretär von den Mitgliedstaaten **klare Pläne zur Erreichung eines neuen Ziels von fünf Prozent**, während er gleichzeitig hervorhebt, dass die europäischen Bündnispartner und Kanada ihre Ausgaben allein in diesem und im vergangenen Jahr bereits um 258 Milliarden Dollar gesteigert und damit das **Maximum ihrer Absorptionskapazität erreicht** haben.

Um Konflikte mit dem US-Präsidenten zu vermeiden, sind sowohl die **Agenda als auch der Entwurf der Gipfelerklärung kurz und konfliktarm** gestaltet. Zudem findet vor dem offiziellen Gipfelteil das **Nato-Rüstungsindustrieforum** statt, bei dem **Aufträge im Wert von mehreren zehn Milliarden** verkündet werden sollen, um die Handlungsfähigkeit und Einheit der Allianz gegenüber Russland und den USA zu demonstrieren. Die Realität der Rüstungsanstrengungen ist jedoch komplex, da bislang erst **in neun Staaten die Verteidigungsausgaben über 2,5 Prozent** liegen, während Albanien, Slowenien und die Tschechische Republik noch immer das alte Zwei-Prozent-Ziel verfehlen. Zudem verweigert der **spanische Premierminister Pedro Sánchez** seine Zustimmung zu der geforderten Fünf-Prozent-Marke, was potenzielles Spaltmaterial für das Bündnis bietet. Neben den Finanzen belastet Trumps Groll über die fehlende europäische Unterstützung im Irakkrieg das Verhältnis, weshalb der Iran mit einem eigenen Absatz in der Gipfelerklärung bedacht wird, während

Themen wie das Verhältnis zu China, die Kooperation im Indopazifik sowie eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine ausgespart bleiben.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zu dem gesamten **Artikel**:

<https://table.media/berlin/professional-briefing/864-trump-faktor-beim-nato-gipfel-veraenderte-gkv-reform-streit-um-attestpflicht>

4. Friedrich Ebert Stiftung: Weltflüchtlingstag – Alternativen zu Migrationshaft, die funktionieren

In einem Bericht für die **Friedrich-Ebert-Stiftung** analysiert **Carolina Gottardo**, die **Geschäftsführerin der International Detention Coalition**, die aktuellen Weichenstellungen der europäischen Migrationspolitik. Als zentrale Treiber nennt der Text die EU-Asylreform, deren Umsetzung in den Mitgliedsstaaten diesen Monat abgeschlossen sein soll, sowie eine neu verhandelte Rückführungsverordnung. Diese rechtlichen Verschärfungen drohen laut der Autorin, die **Inhaftierung im Migrationsprozess zur Regel auszuweiten**, wobei Haftzeiten von bis zu 30 Monaten möglich werden. Die Inhaftierung **betrifft zunehmend auch Minderjährige**, obgleich dies dem Kindeswohl widerspricht, und führt bei den Betroffenen nachweislich zu schweren psychischen Erkrankungen wie Depressionen, Traumata oder Angststörungen. Insbesondere Frauen, Mädchen und diversgeschlechtliche Personen sind in Haft zudem einem **erhöhten Risiko geschlechtsspezifischer Gewalt** ausgesetzt. Gottardo kritisiert, dass viele Regierungen diese **Kriminalisierung und Inhaftierung als populistische Symbolpolitik** nutzen, um Stärke zu demonstrieren, statt evidenzbasierte Ansätze zu verfolgen.

Der Beitrag stellt diesen haftbasierten Maßnahmen **gemeindebasierte Alternativen** gegenüber, die der Würde der Betroffenen gerecht werden und sich in weltweiten Auswertungen von Beispielen aus 60 Ländern als humaner, kostengünstiger und effektiver erwiesen haben. Sogenannte haftähnliche Zustände wie GPS-Fußfesseln oder biometrische Überwachung werden dabei als echte Alternativen abgelehnt. Die **Ergebnisse von Pilotprojekten des Europäischen Netzwerks** für Alternativen zur Inhaftierung in Bulgarien, Zypern und Polen zeigen, dass 97 Prozent der durch Fallbegleitung unterstützten Personen aktiv an ihren Verfahren teilnahmen und nicht untertauchten. Zudem konnten 99 Prozent besser an den Entscheidungen über ihren Fall mitwirken und 96 sich im Laufe der Zeit stärker in ihren Verfahren engagieren. Die Untersuchung schließt mit dem Fazit, dass **Regelkonformität und schnellere Verfahrensabschlüsse primär durch Vertrauen, Stabilität und Zugang zu Informationen** statt durch Zwang entstehen, weshalb **Europa in funktionierende, humane Alternativen investieren sollte**.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zu dem **Bericht**:

<https://www.fes.de/themen/fluechtlingspolitik/weltfluechtlingstag-alternativen-zu-migrationshaft-die-funktionieren>

